

Änderungsantrag

der Abgeordneten Frau Garbe und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur Beratung der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (21. Ausschuß)

— Drucksache 11/2184 —

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Frau Garbe und der Fraktion DIE GRÜNEN**
— Drucksache 11/247 —

Schutz der Nordsee

- 2. zu dem Antrag der Fraktion der SPD**
— Drucksache 11/299 —

Schutz der Nordsee – II. Internationale Nordseeschutzkonferenz November 1987 in London

- 3. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Laufs, Carstensen (Nordstrand), Austermann, Clemens, Weiß (Kaiserslautern) und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Baum, Frau Dr. Segall, Wolfgramm (Göttingen), Kleinert (Hannover), Bredehorn, Frau Folz-Steinacker, Funke, Dr. Hirsch, Neuhausen, Richter, Ronneburger, Timm und der Fraktion der FDP**
— Drucksache 11/1048 —

2. Internationale Nordseeschutz-Konferenz

- 4. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung**
— Drucksache 11/878 —

Bericht der Bundesregierung zur Vorbereitung der 2. Internationalen Nordseeschutz-Konferenz (2. INK) vom 21. September 1987

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Beschlußempfehlung – Drucksache 11/2184 – erhält folgende Fassung:

„Aufgrund der katastrophalen Umweltentwicklungen in Nordsee und Ostsee in den vergangenen Wochen, namentlich dem verheerenden Fischsterben, verursacht durch eine explosionsartige Vermehrung der Goldalge *Chrysochromulina polylepis* sowie einer umweltbedingten tödlichen Viruserkrankung bei Seehunden wird

die Bundesregierung aufgefordert, folgendes Notprogramm gegen das Nordsee- und Ostseesterben zu beschließen:

1. Den Erlass einer gesetzlich verbindlichen „Schwarzen Liste Produktion“, wonach die Herstellung von besonders umweltgefährlichen Stoffen verboten wird.
2. Die umgehende Inangriffnahme einer Novellierung des Waschmittelgesetzes, die ein Verbot phosphathaltiger Waschmittel enthalten muß, wobei Ersatzstoffe aber keine neuen Probleme schaffen dürfen.
3. Den Erlass eines sofortigen Verbots aller Direkteinleitungen ohne Abwasserklärung in Gewässer sowie das Vorantreiben der Entwicklung von Abwasserkatastern und Meßverfahren für gewerbliche und industrielle Indirekteinleiter mit dem Ziel, deren Schadstofffrachten drastisch zu reduzieren.
4. Das Treffen von Regelungen, die eine Minimierung der Nitrat- und Phosphatfrachten in den Einleitungen von Kläranlagen durch die Aus- bzw. Nachrüstung von Fällungsstufen nach dem Stand von Wissenschaft und Technik zur Folge haben; hierzu das Auflegen eines Bund-Länder-Sofortprogramms.
5. Das Ergreifen von Maßnahmen zur Unterstützung und Förderung des ökologischen Landbaues. Die Verwendung von Agrochemikalien (Pestiziden und Düngemitteln) ist stark einzuschränken. Eine Besteuerung mineralischer Stickstoffdüngemittel gemäß dem Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN (Drucksache 11/913) ist einzuführen.
6. Es ist Sorge dafür zu tragen, daß das Verklappen und Verbrennen von Abfallstoffen auf See sofort eingestellt wird (einschließlich der Klärschlämme und des Hafenschlicks).
7. Die Aufgabe des umweltunverträglichen Dollarthafenbaus sowie das Hinwirken auf einen Verzicht weiterer küsten- und hafennaher Industrieansiedlungen und das Streichen dafür vorgesehener Bundesmittel.
8. Das Vorantreiben der Verringerung der atmosphärischen Schadstoffeinträge durch Förderung der Sonnenenergienutzung, von dezentralen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, von Energiesparkonzepten, Abfallvermeidungs- und Wiederverwertungskonzepten und durch die ausschließliche steuerliche Förderung des Dreiwegekatalysators bei Pkw sowie die Einführung eines Tempolimits (100 km/h Autobahnen, 80 km/h Landstraßen).
9. Das Aufgreifen des Gesetzentwurfs der Fraktion DIE GRÜNEN über das Einsichtsrecht in Umweltakten (Drucksache 11/52), das allen Bürgerinnen und Bürgern das Recht einräumt, Einsicht in alle umweltrelevanten behördlichen Planungen und deren Vollzüge zu nehmen.
10. Im übrigen die Umsetzung des im Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN „Schutz der Nordsee“ (Drucksache 11/247) aufge-

stellten umfassenden Forderungskatalogs und dessen Ausdehnung auf den Bereich der Ostsee.'

Bonn, den 10. Juni 1988

Frau Garbe

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion

